

## Dem Kapital zu Diensten

## Dem Kapital zu Diensten

### **Ob Banken zusammenbrechen oder bei Siemens eine Milliarde verschwindet: Die Wirtschaftsprüfer waschen ihre Hände in Unschuld**

Der Eid darf ohne religiöse Beteuerung geleistet werden, aber ablegen müssen sie ihn alle. Wer in Deutschland sein Geld als Wirtschaftsprüfer verdienen will, hat die Formel zu sprechen: »Ich schwöre, dass ich die Pflichten eines Wirtschaftsprüfers verantwortungsbewusst und sorgfältig erfüllen, insbesondere Verschwiegenheit bewahren und Prüfungsberichte und Gutachten gewissenhaft und unparteiisch erstatten werde, so wahr mir Gott helfe.«

Hehre Worte. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Mit der Sorgfalt öffentlich bestellter Wirtschaftsprüfer kann es nicht weit her sein – sonst würde sich nicht jede vierte Bilanz, die von ihnen abgesegnet wird, bei einer Überprüfung als fehlerhaft erweisen.

Das Verantwortungsbewusstsein ist auch nicht allzu stark ausgeprägt, andernfalls müssten die Prüfer nach Einschätzung von Experten ihre Testate öfter einschränken oder versagen – statt um des lieben Friedens willen fragwürdige Zahlen abzuhaken. Und wie parteiisch viele Prüfer sind, das erleben immer wieder Kleinanleger, wenn sie ihre Aktien an einen Hauptaktionär abgeben müssen und die Prüfer die Abfindung absichtlich kleingerechnet haben.

Nur mit dem im Eid verankerten Gebot der Verschwiegenheit hat die Prüferzunft keinerlei Probleme. Im Gegenteil, das kommt ihrem Selbstverständnis sehr entgegen. Dieser Berufsstand schätzt die Diskretion in den Hinterzimmern der Macht ganz besonders.

Aber es gibt Zeiten, da geht so viel schief, dass auch Wirtschaftsprüfer nicht so unsichtbar bleiben können, wie sie es gern wären. Skandale wie die um die staatlichen Banken IKB und SachsenLB oder um den Siemens-Konzern werfen Fragen nach der Kompetenz und Moral einer Berufsgruppe auf, die im öffentlichen Interesse für verlässliche und glaubhafte Zahlen im Wirtschaftsleben sorgen soll.

Wie kann es sein, dass sich in den Bilanzen von Unternehmen grobe Fehler finden, obwohl die Zahlenwerke zuvor kostspieligen Kontrollen unterzogen worden sind? Wie ist es möglich, dass über Nacht Banken implodieren, deren Jahresabschlüsse ein uneingeschränktes Testat der Kontrolleure tragen? Und warum fällt es den Prüfern über Jahre nicht auf, wenn in einem Multi wie Siemens eine Milliardensumme mit Scheinrechnungen von weißen in schwarze Kassen transferiert wird?

Skandalös ist das Versagen der Prüfer im Fall der SachsenLB. Die Landesbank mit Sitz in Leipzig hatte über eine Tochter in der Steueroase Dublin mit US-Hypothekenspapieren spekuliert, was am Ende fürchterlich schiefging. Im Sommer 2007 sackte die Bank plötzlich in sich zusammen und musste durch andere Institute und den Freistaat Sachsen gerettet werden. Wie hoch der Schaden für die Steuerzahler am Ende sein wird, lässt sich nicht sagen. Einige Milliarden dürften wohl durch den Schornstein gegangen sein.

Am Dienstag durchsuchten Beamte des BKA und des Landeskriminalamts Sachsen 28 Wohnungen und Büros. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen frühere Vorstände wegen des Verdachts der Untreue und der unrichtigen Darstellung in den Jahresabschlüssen. Dabei trugen diese einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Prüfungsfirma PricewaterhouseCoopers (PwC).

Welch gewaltige Risiken die Sachsenbank eingegangen war – den Landespolitikern war es nicht bewusst gewesen. Die Gefahr lauerte in einer Finanzfirma namens Ormond Quay, die angeblich unabhängig von der

SachsenLB war. In Wahrheit hatte die Landesbank für deren Geschäfte aber indirekt die Haftung übernommen und die Prüfer wussten das auch. Nur war das aus dem Abschluss selbst für Fachleute nicht richtig zu erkennen.

Merkwürdig, die Experten bemerkten den gewaltigen Geldabfluss nicht

Inzwischen sind die Abweichungen und Fehler genau dokumentiert. Die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung, die inoffiziell als »Bilanzpolizei« firmiert, hat den Abschluss überprüft. Ergebnis: Die SachsenLB ist »umfangreiche Verpflichtungen eingegangen«, die in ihrem Jahresabschluss 2006 »nicht oder nicht vollständig berichtet« wurden.

Die Liste der Versäumnisse und Verfälschungen umfasst sechs Punkte. So war über Liquiditätslinien von 500 Millionen Euro, die der irischen Firma eingeräumt worden waren, nicht berichtet worden. Selbst Haftungsrisiken aus einer Vereinbarung, in der es um Investitionen von elf Milliarden Euro ging, waren im Konzernanhang unvollständig dargestellt worden. Und dann fand sich in der Bilanz auch noch eine merkwürdige Forderung von 154 Millionen Euro, die weder hinsichtlich ihres »Bestandes« noch bezüglich ihrer »Werthaltigkeit« nachgewiesen war.

Das sächsische Finanzministerium lässt derzeit prüfen, ob es gegen PwC einen Anspruch auf Schadenersatz geltend machen kann. Die Verantwortlichen bei dem Prüfungskoloss (146.000 Mitarbeiter weltweit) gehen unverdrossen davon aus, »dass wir weder einen Fehler noch eine Pflichtverletzung oder ein Versäumnis begangen haben«, wie es in einer Stellungnahme heißt. Die Bilanzpolizei moniere ja auch nicht etwa falsche Zahlen, sondern nur den »Detaillierungsgrad, mit dem abstrakte Risiken im Anhang oder Lagebericht hätten erläutert werden sollen«. Konkrete Gefahren für die SachsenLB seien noch nicht feststellbar gewesen, als die Bank ihren Abschluss machte. Gegen den PwC-Prüfer läuft aber ein Verfahren der Wirtschaftsprüferkammer.

Prüfer, die schlecht prüfen, müssen mit dem Entzug ihrer Lizenz rechnen. Aber das geschieht eher selten. Im vergangenen Jahr erwischte es 16 schwarze Schafe, bei denen die Wirtschaftsprüferkammer die Bestellung widerrief. Aber in elf Fällen lag der Grund schlicht darin, dass die Prüfer die vorgeschriebene Haftpflichtversicherung nicht besaßen.

Die nach PwC größte Prüfungsfirma in Deutschland ist KPMG. Spötter übersetzen das Kürzel immer mal wieder mit »Keiner prüft mehr genau«. Im Fall Siemens scheint das so gewesen zu sein. Dort verschwanden über die Jahre 1,3 Milliarden Euro in dunklen Kanälen, und die Wirtschaftsprüfer bemerkten den gewaltigen Geldabfluss nicht. Zwar monierten sie im Jahr 2003 beleglose Barzahlungen von vier Millionen Euro nach Nigeria und stießen 2006 in den Büchern auch auf merkwürdige Provisionen, die über die Schweiz abgewickelt wurden das Ausmaß der Korruptionsdelikte blieb ihnen aber verborgen.

Hätte man nicht etwas mehr Wachsamkeit erwarten dürfen von Prüfern, die Siemens für ihre Dienste im Jahr rund 90 Millionen Euro in Rechnung stellten? Der Chefprüfer musste jüngst vor dem Landgericht München als Zeuge aussagen. Von einem Schuldbewusstsein war bei ihm nichts zu spüren. Die KPMG sieht sich sogar als Opfer in der Affäre. »Wir sind getäuscht worden«, klagte der Prüfer vor Gericht. Im Siemens-Geschäft mit Festnetzen fürs Telefon hätten sich mehrere Manager zusammengetan, um die Kontrollen zu umgehen. Dagegen sei kein Kraut gewachsen. »Wir haben unsere Pflichten vollumfänglich erfüllt.« Das Aufspüren von Straftaten gehöre nicht zu den Aufgaben eines Wirtschaftsprüfers.

Wirtschaftsprüfer sind keine Detektive, aber sie dürfen nicht blauäugig sein

Dieses Argument stimmt allenfalls zur Hälfte. Richtig ist, dass die Wirtschaftsprüfer nach dem Gesetz in erster Linie zu kontrollieren haben, ob die Zahlen im Jahresabschluss im Einklang mit den bilanzrechtlichen Vorschriften ermittelt wurden. Dabei geht es um finanztechnische Feinheiten: Sind Kosten dem richtigen Jahr zugeordnet worden? Sind die angesetzten Werte für Grundstücke und Lagerbestände realistisch? Enthält das Zahlenwerk hohe Forderungen an Dritte, die von diesen bestritten werden?

Richtig ist auch, dass kein Wirtschaftsprüfer den Abschluss eines Weltunternehmens vollständig nachrechnen kann. Die Kosten wären viel zu hoch. Die Prüfer machen es sich aber zu einfach, wenn sie sich nach jedem

neuen Bilanzskandal auf das Argument zurückziehen, dass sie keine Detektive oder Staatsanwälte seien. Zwar stimmt es, dass das Gesetz ihnen nicht auferlegt, nach Betrugereien, Bestechungen und Unterschlagungen zu fahnden. Der Bilanzkontrolleur darf aber auch nicht ausblenden, dass er es womöglich auch mit Wirtschaftskriminellen zu tun hat. Er muss die Prüfung so anlegen – das schreibt der Paragraf 317 des Handelsgesetzbuches vor –, dass »Unrichtigkeiten und Verstöße«, die sich wesentlich auf das Vermögen und die Erträge auswirken, »bei gewissenhafter Berufsausübung erkannt werden«.

Für Karlheinz Küting ist deshalb völlig klar: »Jeder Bilanzskandal ist auch ein Prüferskandal.« Die Kritik ist von Gewicht, denn der Professor ist so etwas wie der Papst der Szene. Er bildet seit 30 Jahren an der Universität Saarbrücken Wirtschaftsprüfer aus und ist der Verfasser wichtiger Lehrbücher. »Ich erwarte von einem Wirtschaftsprüfer, dass er wesentliche Delikte erkennt«, sagt er. Bei Beträgen wie bei Siemens müsse nachhaltig kontrolliert werden. Dort sieht man das genauso. KPMG soll Siemens künftig nicht mehr prüfen, entscheiden wird die nächste Hauptversammlung. Dass Unternehmen ihren Wirtschaftsprüfer wechseln, kommt selten vor. Beide Seiten bevorzugen ein auf Dauer angelegtes Verhältnis der Eintracht.

Das Dilemma besteht darin, dass die Prüfer unabhängig agieren sollen, obwohl sie es vielfach nicht sind. Ein Prüfer, der allzu pingelig ist, muss fürchten, dass er das Mandat verliert. Das ist ein Grund dafür, dass die Prüfer oft ziemlich handzahn sind. Viel zu selten machen sie von den Instrumenten Gebrauch, die ihnen das Gesetz gibt. »99 Prozent der Testate sind uneingeschränkt«, kritisiert Professor Küting. »Das ist bedenklich.« Die Prüfer müssten schärfer herangehen, findet er – eine Frage des Berufsethos.

Wäre es nicht besser, wenn Unternehmen gesetzlich gezwungen würden, ihre Prüfer regelmäßig zu wechseln? Küting hält nichts von dieser Idee, er meint, die Prüfungen würden dadurch eher schlechter als besser. »Ein Prüfer, der langfristig prüft, lernt das Unternehmen immer besser kennen. Er arbeitet dann eng mit der internen Revision zusammen. Und er kann immer neue Prüffelder angehen.«

Mit den Fehlern in geprüften Bilanzen kennt sich niemand besser aus als Herbert Meyer. Er ist der Präsident der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung und damit so etwas wie der oberste Prüfer der Prüfer. Meyers Truppe hat keine hoheitlichen Befugnisse, sondern wird von Wirtschaftsverbänden getragen. Im Ernstfall oder bei Konflikten führt daher die Finanzaufsicht Bafin das Verfahren.

Seit 2005 nimmt die Bilanzpolizei bereits testierte Abschlüsse von Unternehmen kritisch unter die Lupe. Das Ergebnis dieser Nachschau wirft ein sehr schlechtes Licht auf die Zahlenmenschen in den Firmen – und auf die, die ihnen auf die Finger schauen sollen. In jeder vierten Bilanz fand die Prüfstelle gravierende Mängel. »Die hohe Zahl der fehlerhaften Rechnungslegungen hat uns überrascht«, sagt Meyer. Vor allem mit den internationalen Bilanzierungsregeln seien viele Prüfer offenbar noch überfordert. Die sind, wie Meyer einräumt, allerdings inzwischen auch schwer zu durchdringen. »Man sollte die Standards vereinfachen«, fordert der Fachmann, der selbst kein Wirtschaftsprüfer ist, aber früher Finanzchef der Heidelberger Druckmaschinen AG war.

Einen Trend zur Besserung kann die Bilanzpolizei nicht sehen. Im Gegenteil: Die von ihr festgestellte Fehlerquote ist zuletzt noch angestiegen. Zwar sind es vor allem kleinere und mittlere Unternehmen, die schlampig bilanzieren. Aber immerhin 20 Prozent der Falschrechner, denen die Prüfstelle im vergangenen Jahr auf die Spur kam, waren Unternehmen mit mehr als 250 Millionen Euro Umsatz.

Jüngst musste etwa die Euroshop AG, ein Großbetreiber von Einkaufszentren, nach einer Kontrolle eine Reihe von Bilanzierungsfehlern eingestehen – obwohl doch der Jahresabschluss von der BDO Deutsche Warentreuhand uneingeschränkt testiert worden war. Beim Immobilienkonzern Deutsche Wohnen stellte sich bei näherem Hinsehen der Gewinn des Jahres 2006 als um neun Millionen Euro zu hoch heraus – den Prüfern von Ernst & Young war das nicht aufgefallen.

Toll trieben es die Buchhalter bei der Solarfirma Conergy. Sie wiesen für das erste Halbjahr 2007 einen Gewinn aus, obwohl das Unternehmen, richtig gerechnet, einen Verlust von 250 Millionen Euro erlitten hatte. Auch im Jahr zuvor war der Gewinn um 50 Millionen Euro zu hoch angegeben worden – was die Wirtschaftsprüfer von Deloitte aber nicht beanstandet hatten. Ein Prüfer dieser Gesellschaft war es auch, der die Bilanz des Jahres 2005 der Württembergischen Lebensversicherung testiert hatte. Später fand die

Prüfstelle in dem Zahlenwerk nicht weniger als 52 Mängel. Eine größere Blamage für die Firma und ihre Abschlussprüfer ist kaum vorstellbar.

In diesem Fall konnte die Muttergesellschaft der Versicherung, der Finanzkonzern W & W, zwar glaubhaft machen, dass durch die Bilanzfehler niemand geschädigt worden war. Aber auch sonst müssen sich die Wirtschaftsprüfer keine großen Sorgen machen. Ihre Haftung ist gesetzlich beschränkt. Im Normalfall steht der Prüfer mit maximal einer Million Euro für Fehler in der Pflicht. Bei an der Börse notierten Aktiengesellschaften haftet er mit bis zu vier Millionen Euro, wenig, gemessen an den Schäden, um die es oft bei Bilanzskandalen geht. Und zahlen muss meist auch nicht der Prüfer selbst, sondern seine Versicherung.

Theoretisch kann ein Abschlussprüfer, der falsch testiert hat, sogar mit einer Freiheitsstrafe bestraft werden. Praktisch kommt das nicht vor. Jüngst musste sich ein Partner von Ernst & Young vor Gericht verantworten. Die Anklagepunkte lauteten Falschtestierung und Beihilfe zur Untreue. Die Staatsanwaltschaft warf dem Prüfer vor, dass er Bilanzmanipulationen und gefälschte Rechnungen beim Zwickauer Automobilzulieferer Sachsenring ignoriert habe. Aber nach fünfmonatiger Beweisaufnahme kam das Landgericht Chemnitz zu dem Schluss, dass der Mann die Bilanzen nach seinem damaligen Kenntnisstand korrekt testiert habe. Er wurde freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft hat aber angekündigt, in Revision zu gehen.

Nach den Bilanzskandalen der Vergangenheit wurden die Regeln verschärft und die Prüfer verpflichtet, ihre Kontrollen im Detail schriftlich festzuhalten. Heute verbringen sie viel Zeit damit, zu dokumentieren, wie sie ihre Arbeit getan haben. Aber genau das vermindert möglicherweise ihre Effizienz. »Früher hatten wir mehr Zeit zu prüfen«, sagt der Hamburger Wirtschaftsprüfer Hans-Peter Widera.

Er arbeitet mit drei Kollegen und zwei Steuerberatern in einer Praxis. Widera gibt den großen Prüfungskonzernen PricewaterhouseCoopers, KPMG und Ernst & Young die Schuld an den Missständen und am schlechten Image des Berufsstandes. Sie sähen sich als »Produktionsbetriebe für Wirtschaftsprüfung« und seien vor allem auf Umsatz aus. »Bei dieser Einstellung ist die wohlwollende Prüfung aus ökonomischen Gründen vorprogrammiert«, sagt Widera, der auch Präsident des Deutschen Wirtschaftsprüfer Vereins ist, in dem sich kleinere Praxen zusammengeschlossen haben.

Die Prüffabriken hätten die Preise kaputt gemacht, weil es ihnen vor allem um die lukrativeren Beratungsmandate gehe. Jeder Bilanzskandal ziehe neue Vorschriften, Formalitäten und Regulierungen nach sich – die den kleinen Prüfern das Leben schwer machten. So profitierten die Großen, die standardisiert arbeiten, letztlich von ihren eigenen Fehlern.

Wenn Wirtschaftsprüfer schlampig arbeiten, bedeutet das ohnehin in aller Regel, dass sich ihre Kollegen über einen lukrativen Extraauftrag freuen dürfen. In Sonderuntersuchungen und Gutachten können sie dann aufarbeiten, was alles schiefgelaufen ist. Mit expliziter Kritik an den Konkurrenten halten sie sich dabei aber auffällig zurück. Da gilt dann der alte Spruch des legendären Aktionärsrebellens Erich Nold: »Eine Treuhand wäscht die andere.«

## **Wirtschaftsprüfer**

*Von Rüdiger Jungbluth*

***DIE ZEIT, 14.08.2008 Nr. 34***